

Medienmitteilung

Ausfinanzierung Pensionskasse Kanton Solothurn

Die BDP Kanton Solothurn fordert bei der Ausfinanzierung der Pensionskasse Kanton Solothurn (PKSO) eine stärkere Beteiligung der Versicherten als von der Regierung vorgesehen!

Die Regierung schlägt vor, dass die Versicherten bei beiden vorliegenden Lösungen während den nächsten 40 Jahren auf 3.5 Prozent der Arbeitgeberbeiträge verzichten. Der grösste Teil der Reduktion der Arbeitgeberbeiträge betrifft die Kürzung des Arbeitgeberbeitrags für den Teuerungsausgleich von 3.5 Prozent auf 1 Prozent. Dabei gibt es zu beachten, dass der Arbeitnehmeranteil bereits jetzt nur 1 Prozent beträgt. Somit wird lediglich eine Ungerechtigkeit beseitigt, wobei der Arbeitgeber 3.5 Mal so viel an den Teuerungsausgleich bezahlt hat wie der Arbeitnehmer.

Die BDP Kanton Solothurn fordert deshalb, wie bereits von der Solothurner Handelskammer und dem Kantonal Solothurnischem Gewerbeverband vorgeschlagen, eine weitere Reduktion des Arbeitgeberbeitrages zu Gunsten der Ausfinanzierung der PKSO. Dem Steuerzahler, der die Ausfinanzierung zur Hauptsache mittragen wird, muss aufgezeigt werden, dass sich die Versicherten ebenfalls angemessen an der Ausfinanzierung der PKSO beteiligen. Die BDP Kanton Solothurn ist der Meinung, dass dies mit der vorliegenden Lösung keinesfalls gegeben ist. Sollte die Finanzkommission ihrerseits nicht eine Variante mit erhöhter Beteiligung der Versicherten vorschlagen, behält sich die BDP Kanton Solothurn vor, dies im Kantonsrat mit einem Antrag zu fordern.

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn 079 673 93 78

25.05.2014